

Sperrfrist: 10. März 2022, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Dirk Jandura

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

zur

- BGA-Unternehmerumfrage -

**Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine: Groß- und
Außenhandel unter Druck –
Unternehmer diversifizieren ihre Lieferketten**

Berlin, 10. März 2022, 10.30 Uhr
Virtuelles Pressegespräch

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie sich heute eingewählt haben.

Ich möchte Ihnen gleich die Ergebnisse unserer aktuellen Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des Groß- und Außenhandels vorstellen. Wir haben nach den wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine und der dazugehörigen Sanktionen gefragt.

Aber erlauben Sie mir zuvor ein paar grundsätzliche Anmerkungen:

Vor wenigen Wochen war ein Krieg mitten in Europa noch unvorstellbar. Heute wissen wir es besser. Das Leid der Menschen, massenhafte Flucht, die Grausamkeit des Krieges, sie alle sind zurück. Und das nur zwei Flugstunden entfernt.

Mich erschüttern die Bilder und Schicksale, die uns in diesen Tagen erreichen: Zerstörte Wohnhäuser, Menschen, die um ihr Leben fürchten und Nacht für Nacht in Luftschutzräumen ausharren. Und Soldaten, die sich fragen, warum sie auf Zivilisten schießen sollen.

Darum kann ich nur an die russische Führung appellieren, diesen völkerrechtswidrigen Krieg sofort zu beenden!

Die von den USA, der westlichen Staatengemeinschaft, der EU und der Bundesregierung verhängten Sanktionen sind auch für unsere Wirtschaft schmerzhaft. Aber sie sind richtig.

Viele Unternehmen spüren heute die Folgen der Sanktionen, sowohl der westlichen als auch der russischen. Und sie spüren die konkreten Folgen des Krieges.

Und zugleich engagieren sich viele Unternehmen aus dem Großhandel, dem Außenhandel und den Dienstleistungen in diesem Konflikt. Sie kümmern sich um ihre Mitarbeiter vor Ort. Sie organisieren teilweise ganz unmittelbar Hilfe. Und stellen Transportkapazitäten für Hilfslieferungen oder Flüchtende zur Verfügung.

Sie tun alles, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, medizinische Güter zu liefern und menschliche Not zu lindern.

Meine Damen und Herren,

der Krieg und die Sanktionen sind wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wurde. Die Wellen schlagen jetzt ans Ufer.

Uns erreichen in diesen Tagen zahlreiche Beispiele von Unternehmen und Branchen die mittelbar oder unmittelbar betroffen sind. Vom eingeschränkten Handel mit Aluminium bis hin zu fehlenden Getreidelieferungen. Von unterbrochenen Lieferketten bis zu LKW-Fahrern, die lieber für ihr Land in den Krieg ziehen. Von massiven Preissteigerungen bei Holz oder Stahl, bei Gas oder Öl bis zu geschlossenen Lebensmittel-Märkten in der Ukraine.

Und um diese Erfahrungsberichte aus unseren Unternehmen zu untermauern, haben wir in den vergangenen Tagen die Groß- und Außenhändler befragt.

Nachdem die globalen Lieferketten durch die Corona-Krise vor einer erheblichen Belastungsprobe standen und immer noch stehen, bringt der Russland-Ukraine-Konflikt eine weitere Zuspitzung.

Noch zum Jahreswechsel blickten die Ökonomen zuversichtlich auf das Jahr 2022 und prognostizierten Wachstumsraten von real 3 bis 4 Prozent. Wir haben dies angesichts der bestehenden Lieferengpässe bereits für sehr optimistisch gehalten.

Heute können wir sagen: Die Prognosen von gestern sind Makulatur.

Die Groß- und Außenhändler erwarten weit überwiegend keine Rezession in Deutschland. Aber sie gehen mehrheitlich davon aus, dass sich die wirtschaftliche Erholung verlangsamen wird. Ein Plus ist möglich, aber zu deutlich höheren Preisen und Kosten.

Kostensteigerungen vor allem bei den Energiepreisen und erschwerte Beschaffungswege sind die größten Sorgen der Unternehmen des Groß- und Außenhandels.

Sanktionen funktionieren nur, wenn sie weh tun. Und sie werden auch uns weh tun. Aber: Sie sind richtig. Sie sind angemessen. Und sie sind notwendig.

Als wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft tragen wir die Entscheidungen der Bundesregierung vollumfänglich mit. Das zeigt auch unsere Umfrage.

Die befragten Unternehmen halten aktuell mit 52 Prozent die beschlossenen Sanktionen der EU gegenüber Russland infolge des Ukraine-Konfliktes zumindest für angemessen, weitere 37 Prozent sind sogar dafür, diese noch auszuweiten. 90 Prozent unterstützen also den Sanktionskurs – das ist ein Wert, der mich stolz macht. Für nur 5 Prozent der Befragten sind sie zu weitgehend oder setzen ein falsches Signal.

Wie wirken sich die Sanktionen aus?

Für die Unternehmen dominiert der deutliche Anstieg der Einkaufspreise für die von ihnen benötigten Waren (59 Prozent).

Die steigenden Energiepreise führen für 55 Prozent zu einer massiven Kostenbelastung.

Neben den bereits bestehenden Lieferengpässen und dem hieraus resultierendem Preisdruck kommt nun weiterer Druck auf Lieferketten und Preise. Ein Rückgang der Inflation von einem Niveau von rund 5 Prozent ist deshalb mittelfristig nicht zu erwarten.

Bei einem Außenhandelsvolumen von 59,8 Mrd. Euro mit Russland und 8,5 Mrd. Euro mit der Ukraine sind Auswirkungen des Krieges unvermeidbar.

Dennoch machen die Beziehungen zu Russland nur 3% des deutschen Außenhandels aus. Doch in einer weltweit vernetzten Wirtschaft reichen die Auswirkungen oft weiter.

So zeigt sich in der Frage nach der Betroffenheit der Unternehmen, dass bislang knapp ein Drittel unserer Unternehmen von Sanktionen und Gegensanktionen betroffen sind.

Die Groß- und Außenhändler haben in den vergangenen Jahren ihre Handels- und Lieferketten diversifiziert. Sie sind nicht nur von einem Markt abhängig. Das ist unser Erfolgsmodell. Und doch zeigen die Sanktionen Wirkung und werden sich auch hierzulande z.B. in höheren Preisen bemerkbar machen.

Der Krieg hat aber auch auf die Transportwege großen Einfluss, die Änderung der Flugrouten ist hier nur eines der sichtbarsten Zeichen. Längere Wege führen zu verspäteten und teureren Waren.

Unsere Wirtschaft wird sich anpassen, wird auch neue Lieferwege finden. Aber geben wir ihr auch die Zeit, das zu tun. 47 Prozent der befragten Unternehmen geben dies als wichtigen Faktor bei der Neuorientierung an.

Meine Damen und Herren.

Es wird nun in den nächsten Wochen und Monaten darum gehen, den immensen Zusammenhalt zu bewahren, den wir jetzt spüren. Und zwar auch dann, wenn die Auswirkungen schmerzhafter werden.

Aktuell leiden die deutschen Unternehmen noch unter der Pandemie, die Inflation nimmt ohnehin zu und nun kommen die Sanktionsauswirkungen nach und nach hinzu. Das wird – davon sind wir überzeugt – zu einer Verlangsamung oder einem Stopp der wirtschaftlichen Erholung führen. 60 Prozent rechnen mit einer Verlangsamung, 32 Prozent mit einer Unterbrechung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses.

Das bedeutet aber auch:

Wir brauchen jetzt einen Staat der mutig handelt und die Unternehmen möglichst entlastet.

Ich appelliere an die Bundesregierung in dieser Situation nicht weitere Regelungen zu schaffen, die die Unternehmen treffen. Ihnen eben keine neue Bürokratie oder Kosten aufzubürden.

Die Groß- und Außenhändler halten die Sicherstellung der Energieversorgung für die vordringlichste politische Handlungsaufgabe. Mit 83 Prozent steht dies für die Unternehmen mit deutlichem Abstand ganz oben auf der Agenda.

Generell müssen Verfahren beschleunigt und Bürokratie abgebaut werden. Dieser Auffassung sind 65 Prozent der Befragten.

Es geht dabei nicht nur darum, die Energieversorgung zu verbessern und zu beschleunigen, sondern auch in anderen Bereichen Unternehmen wieder mehr Flexibilität im unternehmerischen Handeln zu geben. Deutschland muss schneller, moderner und digitaler werden.

Wir brauchen in Berlin und Brüssel weniger Regulierungsbegeisterung. Dies gilt beispielsweise für die Frage von „Sustainable Finance“.

Für die Groß- und Außenhändler hat noch ein weiteres Thema große Bedeutung. Fast die Hälfte (48 Prozent) der befragten Groß- und Außenhändler spricht sich für einen beschleunigten Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur aus.

Dies halte ich für besonders wichtig. Deutschland ist Drehscheibe der Logistik zwischen West- und Osteuropa sowie zwischen Nord- und Südeuropa.

Lassen Sie mich abschließend sagen:

Uns muss immer bewusst bleiben, dass wirtschaftliche Einschnitte, Verteuerungen und sinkende Gewinne zwar schmerzlich sind,
aber keine nachhaltige Bedrohung darstellen.

Weder für unsere Unternehmen, noch für die Menschen in Deutschland und Europa.
Und auch nicht für unsere Werte wie Frieden Toleranz und Freiheit.

Wir lassen uns nicht bedrohen und nicht durch Angst treiben.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam in dieser Krise bestehen werden.